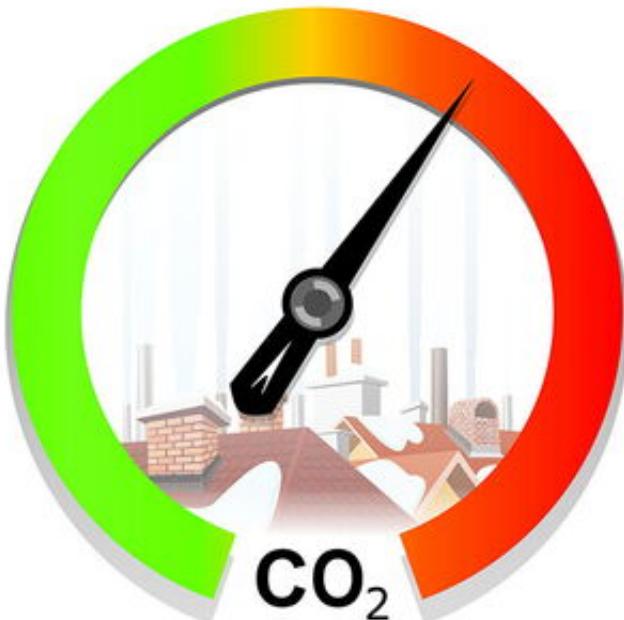


Was tut Berlin für den Klimaschutz?

2018-04-24 15:22



Im Februar trat das [Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm](#), kurz BEK in Kraft (eine konsolidierte Fassung als PDF finden Sie im Anhang dieses Beitrages). Zentrale Ziele des BEK sind der Klimaschutz und die Klimaanpassung für unsere Stadt zwischen heute und 2050. Institutionell ist das Programm in der [Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz](#) verankert. Bis 2021 stehen insgesamt 94 Millionen Euro zur Verfügung. Zunächst werden die Gelder wohl für Beratung, Information und Motivation der Berliner und Berlinerinnen investiert werden. Bald schon sollen jedoch weitere Gelder auch für die tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen, vor allem für den Einsatz Erneuerbaren Energien & Energieeffizienz (EEEE) und die Energie-Speicherung zur Verfügung stehen. Das sagt zumindest Frau Regine Günther Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Ihrem [Interview mit Jürgen Pöschk](#).

Parallel zu den eigenen Aktivitäten der Senatsverwaltung wird gemeinsam mit der Vattenfall überlegt, wie man bis 2030 die Nutzung der Steinkohle für die Fernwärme einstellen kann (die Nutzung der Braunkohle wurde 2017 in den diversen Heizkraftwerken in Berlin bereits eingestellt). Eine CO2 freie Fernwärme ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das BEK bis 2050 die Emissionen der Gebäude um 85% reduziert. Eine andere ist die Senkung des Endenergieverbrauches. Dieser soll nach Regine Günther vor allem durch eine umfassende Gebäudedämmung erzielt werden. Ein schwer zu erreichendes Ziel, da die energetische Gebäudesanierung [\[Blogartikel vom 20.11.2017\]](#) seit langer Zeit auf der Stelle tritt.

Umso absurder mutet es an, dass die Bezirksämter in Berlin offensichtlich beabsichtigen, eine Gebäudedämmung zu verhindern. Diese Absicht wurde mir deutlich, als ich Anfang April die Anfrage eines Kunden aus der Wohnungswirtschaft bekam. Er wusste nicht mehr weiter, weil das Bezirksamt Neukölln die geplante Fassadensanierung eines Gebäudes in Neukölln vorübergehend gestoppt hatte.

Besonderen Anstoß am Schreiben des Bezirksamtes an den Kunden nahm ich an der Auslegung der Gesetzeslage.

Demnach soll nach der gültigen Energieeinsparverordnung (EnEV) bei Unterschreitung der Schadstellen am Putz von